



Jahresbericht 2003





Jahresbericht 2003

Rat der Gemeinden und Regionen Europas

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort von Präsident Valéry Giscard d'Estaing

1. Die Gestaltung der Zukunft Europas	4
2. Die Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen in Europa	6
3. Aktive Bürgerschaft : ein Europa für und durch seine Bürger	7
4. Nachhaltige Entwicklung : Umwelt, Verkehr und Energiewirtschaft	9
5. Kohäsion und Territorialpolitik	12
6. Beschäftigung, Soziales und Informationsgesellschaft	13
7. Ein erweitertes Europa, das sich der Welt öffnet	15
• Kurzer Überblick über den RGRE	16
• Ihre RGRE-Kontakte	17





2003 : ein besonderer Jahrgang...

Für den Rat der Gemeinden und Regionen Europas sowie für den gesamten europäischen Kontinent war das Jahr 2003 reich an Ereignissen.

Im Jahr 2003 konnte die Arbeit des Konvents zur Zukunft Europas abgeschlossen werden und es war mir eine besondere Ehre, dessen Vorsitz innegehabt zu haben. Dem Europäischen Rat in Thessaloniki präsentierte ich Ende Juni 2003 schliesslich die endgültige Version des Verfassungsentwurfs. Daraus folgt, dass von nun an die Regierungen der EU die Verantwortung für die Umsetzung dieses Projektes tragen.

Obwohl eine grosse Mehrheit der 25 in der Regierungskonferenz versammelten Regierungen ihre Zustimmung zum Verfassungsentwurf bekundet hatte, gelang es der amtierenden EU-Ratspräsidentschaft weder, eine Einigung über die Annahme des Verfassungsentwurfes herbeizuführen, noch, einen Konsens über jene zwei strittigen Punkte zu erzielen, welche auch heute noch Anlass zur Diskussion geben.

Dies ist zweifellos ein Versagen des Brüsseler Rates und kann nicht dem Verfassungsentwurf angelastet werden.

Deshalb bin ich nach wie vor davon überzeugt, dass die EU schon bald ihre eigene Verfassung erhalten wird.

Der RGRE hat in diesem Zusammenhang äusserst tatkräftig mitgewirkt, indem er eine grosse Anzahl von Vorschlägen einbrachte, die darauf abzielten, die lokale und regionale Dimension Europas zu stärken. Er hat sich somit zum Verfechter eines demokratischeren Europas mit mehr Bürgernähe gemacht.

2003 bleibt zudem in der Erinnerung haften als das Jahr des Europatages der Gemeinden und Regionen des RGRE, der im Mai in Posen (Polen) stattfand. Zum ersten Mal ist der Europatag in einem mitteleuropäischen Land veranstaltet worden. Mehr als 700 Kongressteilnehmer waren in Posen anwesend, um über die Zukunft der Union, die Regionalpolitik, das Verkehrswesen und die Städtepartnerschaften zu beraten.

Weiterhin möchte ich hier die Mitwirkung des RGRE auf dem Gebiet der europäischen Gesetzgebung hervorheben. Über das gesamte Jahr 2003 hin haben sich unsere verschiedenen Arbeitsgruppen und Ausschüsse in den EU-Gesetzgebungsprozess eingebracht mit zahlreichen Vorschlägen in so unterschiedlichen Bereichen wie Daseinsvorsorge, Verkehrswesen, Umweltfragen, Sozialpolitik, öffentliches Auftragswesen, usw.

Auch konnten wir im Verlauf des Jahres 2003 unseren Dialog mit den europäischen Institutionen verstärken, und zwar sowohl was die Pflege eines « strukturierten politischen Dialogs » mit der Kommission anbetrifft, als auch in der Frage der Kooperationsvereinbarung, die mit dem Ausschuss der Regionen abgeschlossen wurde, oder der gemeinsamen Initiativen mit der Europäischen Kommission hinsichtlich der Städtepartnerschaften, der Preise im öffentlichen Nahverkehr und zahlreicher gemeinsamer Veranstaltungen.

Valéry Giscard d'Estaing
Präsident des Internationalen RGRE

1. Die Gestaltung der Zukunft Europas

Über das ganze Jahr 2003 hinweg hat der RGRE seine Mitglieder mit dem Ziel mobilisiert, die Haltung des RGRE zu Fragen der Zukunft Europas beim Konvent, den EU-Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen bekanntzumachen und in deren Arbeiten einfließen zu lassen. Gleichzeitig hat er regelmässig und umfassend seine Mitglieder in ganz Europa über die Arbeiten des Konvents unterrichtet und diesen somit die Möglichkeit gegeben, die Informationen an ihre Gemeinden und Regionen weiterzuleiten.

Es darf hierbei erwähnt werden, dass der Verfassungsentwurf mehrere RGRE-Vorschläge enthält, und zwar :

- In Art. I-5 über die Beziehungen zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten wird ausdrücklich die lokale und regionale Selbstverwaltung erwähnt
- In Art. I-9 über die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips steht zusätzlich, dass es die lokalen und regionalen Verwaltungsebenen einschliesst
- Art. I-3 schliesst die territoriale Kohäsion ein
- Art. I-46 fordert zur Konsultation der Repräsentativverbände auf
- Das Subsidiaritätsprotokoll geht davon aus, dass die lokalen und regionalen Dimensionen in Betracht gezogen werden müssen
- Der Ausschuss der Regionen bekommt ein Klagerecht beim Gerichtshof zugesprochen.

“Vereint sind wir stark ”

Der RGRE ist aktives Mitglied der Plattform der europäischen Repräsentativorganisationen lokaler und regionaler Gebietskörperschaftsverbände. Diese Plattform ist eingerichtet worden, um es den lokalen und regionalen Verbänden zu ermöglichen, beim Konvent einstimmig aufzutreten, anstatt separate Forderungen nach einer verstärkten Rolle für die Städte und Regionen in Europa geltend zu machen.

Die Plattform arbeitete mit Jean-Luc Dehaene, dem Leiter der Kontaktgruppe des Konvents für lokale und regionale Gebietskörperschaftsverbände zusammen. Sie führte eine Lobbyaktion bei den Konventsmitgliedern im Rahmen der Februar-Tagung durch, bei der die Rolle der Städte und Regionen im künftigen Europa behandelt werden sollte. Generell suchte sie die Einflussnahme auf die Konventsmitglieder während des gesamten Jahres.

Ausserdem arbeitete der RGRE eng mit den anderen Repräsentativverbänden der Städte und Regionen zusammen, um die Stellung der lokalen und regionalen Selbstverwaltung zu festigen.



Posen : die offizielle Position

Der alle drei Jahre stattfindende Europatag der Gemeinden und Regionen des RGRE wurde vom 14. bis 16. Mai 2003 in Posen abgehalten. Mehr als 700 Vertreter von Städten und Regionen aus ganz Europa kamen dabei zusammen. Ein zentrales Diskussionsthema in Posen war der Konvent zur Zukunft Europas. Die RGRE-Mitglieder erließen dabei einen "letzten Appell" der Städte und Regionen an den Konvent. Im Anschluss an diesen Appell kam es zu mehreren positiven Änderungen im Verfassungsentwurf.

Auch wurde dort die Posener Resolution verabschiedet, in der eine Reihe von Themen angesprochen wurden, wie die politische Zukunft Europas. Mehrere Tausend Exemplare dieser Resolution wurden allen nationalen RGRE-Verbänden, den E.U.-Institutionen und anderen lokalen und regionalen Verbänden zugeleitet. Bei jeder öffentlichen RGRE-Veranstaltung werden davon Exemplare verteilt.

Martina Franca : "Aufruf an die Regierungskonferenz "

Der Hauptausschuss des RGRE tagte am 29. und 30. Oktober 2003 in Martina Franca, in Apulien. Dabei fand eine Debatte über die Regierungskonferenz statt, und zwar aus Sicht der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. RGRE-Präsident **Valéry Giscard d'Estaing**; der italienische Europa-Minister **Rocco Buttiglione**, sowie der Präsident der Region Apulien und der AICCRE, **Raffaele Fitto**, nahmen daran teil.

Valéry Giscard d'Estaing richtete dabei eine Botschaft an die Regierungskonferenz, in welcher er sie vor einer Schwächung bzw. einer komplizierteren Ausgestaltung der Verfassung warnte.

Die Niederschrift der Debatte wurde allen RGRE-Mitgliedern sowie den nationalen, regionalen und lokalen Medien in Europa zugestellt.

Das Budget der EU : die Städte und Regionen pflichten Romano Prodi bei

Im Dezember 2003 wurde öffentlich von sechs E.U.-Mitgliedstaaten empfohlen, eine Obergrenze von 1% des BNP der Union für das künftige Budget der E.U. festzulegen. Am 18. Dezember 2003 reagierten die Generalsekretäre von vier europäischen Organisationen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften*, darauf mit einem Brief an den Präsidenten der Europäischen Kommission, **Romano Prodi**, in dem sie seinen Standpunkt unterstützten. **Romano Prodi** hatte sich selbst abweisend gegenüber dem Antrag der sechs Mitgliedstaaten geäußert.

* Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG), Konferenz Maritimer Grenzregionen, Eurocities und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

2. Die Zukunft der öffentlichen Dienstleistungen in Europa

Die Zukunft unserer öffentlichen Dienstleistungen ist zum zentralen Thema der öffentlichen Debatte in Europa geworden. Der RGRE setzt sich ein für öffentliche lokale und regionale Dienstleistungen von hoher Güte, lehnt jedoch obligatorische Ausschreibungen ab, die von der E.U. befürwortet werden, da diese den Grundsätzen der Selbstverwaltung zuwiderlaufen.

Da Lokal- und Regionalverwaltungen zu Europas grössten Auftraggebern gehören, setzt sich der RGRE für sinnvolle und flexible E.U.-Bestimmungen zur Auftragserteilung ein, die genügend Spielraum lassen, den kostengünstigsten Lieferanten auszuwählen und dabei gleichfalls Umweltaspekte in Betracht zu ziehen.

„Keine erzwungene Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen“

Hauptgesprächsthema auf diesem Gebiet war 2003 das Grünbuch der Kommission zur Daseinsvorsorge. Mit diesem Grünbuch wurde endlich die Möglichkeit geschaffen, die Situation auf dem Gebiet der öffentlichen Dienstleistungen zu analysieren und Überlegungen darüber angeregt, ob und inwieweit der Gesetzgeber einschreiten sollte, um die Daseinsvorsorge zu regulieren und abzusichern.

In seiner September-Antwort hat der RGRE diese Initiative begrüsst, aber gleichzeitig gegen mehrere Punkte des Grünbuchs Vorbehalte angemeldet, wie z.B. gegenüber dem Standpunkt, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften könnten nur dann eingreifen, wenn der Markt versagt. Der RGRE macht geltend, dass klare Hinweise nötig sind, um die Grenze zwischen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge mit *wirtschaftlichem Charakter* (wo das Wettbewerbsrecht der E.U. zum Greifen kommt) und nicht wirtschaftlichem Charakter (und somit ausserhalb des E.U.-Einflussbereichs) zu ziehen. Seit einigen Jahren werden mehr und mehr Dienstleistungen als Leistungen mit *wirtschaftlichem Charakter* eingestuft; der RGRE dagegen verteidigt den Standpunkt, dass Dienstleistungen nur dann als *wirtschaftlich* gelten sollten, wenn ihr Hauptzweck kaufmännischer Art ist, und nicht sozial bzw. umweltbezogen.

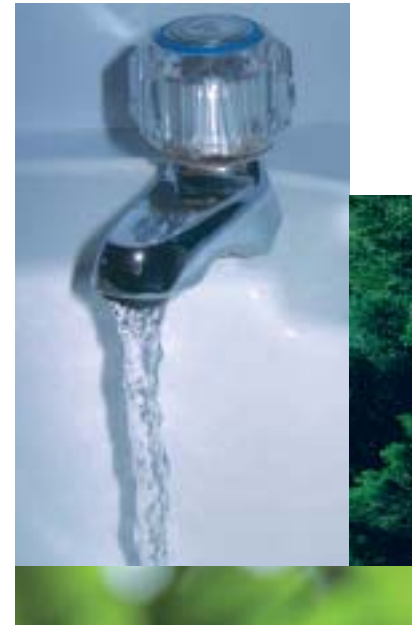
Des weiteren vertrat der RGRE die Ansicht, dass öffentliche Dienstleistungen, die von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in ihrem Verwaltungsbereich für die Lokalbevölkerung erbracht werden, weder den Wettbewerbsgesetzen der E.U. noch der erzwungenen Liberalisierung unterworfen werden sollten. Viele Gemeinden wählen den Weg über Ausschreibungen zur Vergabe ihrer Dienstleistungen, doch sollte diese Wahl ihnen überlassen bleiben und nicht durch die E.U. zur Vorschrift gemacht werden.

Zu den diversen Initiativen auf diesem Gebiet gehört auch die vom RGRE am 3.-4. April in Leipzig organisierte Konferenz zum Thema Daseinsvorsorge. Über 200 Teilnehmer, einschliesslich der Vertreter des Europäischen Parlaments und der Kommission, berieten dabei über die Zukunft der Daseinsvorsorge.

Mitveranstalter dieser Tagung waren die Stadt Leipzig, der Deutsche Städtetag, Eurocities und der Europäische Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft.

Überarbeitung der Richtlinien für das öffentliche Auftragswesen : für eine grünere und flexiblere Gesetzgebung

Das Themenpaket "öffentliches Auftragswesen" war das längste und schwierigste Thema innerhalb dieser Debatte. Der RGRE und seine nationalen Verbände traten an das Europäische Parlament heran, um dessen Abgeordneten davon zu überzeugen, dass Europa eine flexiblere, eindeutiger und grünere Gesetzgebung in Sachen öffentliches Auftragswesen braucht. Es gelang dem RGRE, für die meisten seiner Hauptanliegen die Unterstützung des Parlaments zu sichern



Am 2. Dezember kam es zu einem Abkommen zwischen Rat und Parlament, wonach lokale und regionale Gebietskörperschaften die Möglichkeit haben werden, bei der Auftragserteilung umweltfreundliche Faktoren als Kriterien heranzuziehen.

Auch nahm der RGRE im Dezember an der Konferenz der italienischen Präsidentschaft über das neue Legislativ-Paket teil. Er vertrat dabei die sozialen und die Umweltbelange.

Letztlich wäre noch zu erwähnen, dass der RGRE zur Ausarbeitung der Kommissions-Mitteilung und des Richtlinienentwurfs über die Anschaffung sauberer Fahrzeuge durch lokale und regionale Gebietskörperschaften beigetragen hat. Er hat in diesem Zusammenhang die Koordinierungsarbeit bei einer Erhebung geleistet, die die Kommission bei den lokalen und regionalen Verwaltungen veranlasst hatte. Auch übermittelte der RGRE der Kommission seinen Standpunkt, wonach der Markt für saubere Fahrzeuge einer besonderen Förderung bedarf. Doch warnte der RGRE davor, den Gebietskörperschaften die Anschaffung solcher Fahrzeuge zur Vorschrift zu machen, da eine solche Massnahme kostenträchtig und nicht praktikabel wäre. Eher sollten die Lokalverwaltungen auf freiwilliger Basis die Frage mit den Fahrzeugherstellern erörtern.

3. Aktive Bürgerschaft : ein Europa für und durch seine Bürger



Der RGRE setzt sich ein für ein Europa mit mehreren Verwaltungsebenen, das die lebenswichtige Rolle anerkennt, die die regionalen und lokalen Selbstverwaltungen spielen, ohne dabei die Notwendigkeit einer Partnerschaft zwischen allen Regierungsebenen ausser Acht zu lassen, die erforderlich ist, um die schwerwiegenden Probleme anzugehen, mit denen sich unsere Bürger auseinandersetzen müssen.

Auch betrachtet er die Städtepartnerschaften als unersetzliches Hilfsmittel, um die europäischen Bürger über die Landesgrenzen hinweg zusammenzuführen und so auf ein friedvolles, vereintes Europa hinzuarbeiten, für das sich die Bevölkerung einsetzt. Da der RGRE als europäische Organisation die Städtepartnerschaften fördert, wird er regelmässig von der Europäischen Kommission, und zwar von der GD Bildung und Kultur, die mit den Städtepartnerschaften betraut ist, hinsichtlich des Inhaltes und der Verfahren für das Aktionsprogramm der Städtepartnerschaften der E.U. konsultiert.



Aktive Bürgerschaft : ein Europa für und durch seine Bürger

Die Pflege eines "ständigen Dialogs " mit der Kommission

Im Rahmen des Weissbuchs über Europäisches Regieren hat die Kommission die Bedeutung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften als die dem Bürger am nächsten stehenden Verwaltungsebenen anerkannt. Sie hat daher 2003 ihre Absicht angekündigt, eine Mitteilung über einen systematischen Dialog auf politischer Ebene mit den europäischen und nationalen Verbänden der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften über die Gestaltung der Politik zu veröffentlichen.

Am 9. April nahm der RGRE an einer ersten Konsultationsbesprechung mit Kommissionsvertretern teil. Darauf folgte eine Besprechung der RGRE-Arbeitsgruppe über Europäisches Regieren am 29. April in Brüssel, in deren Verlauf ein Entwurf für ein Positionspapier aufgesetzt wurde. Das Positionspapier wurde sodann der Kommission zugesandt, die im Januar 2004 ihre Mitteilung veröffentlichte.

Städtepartnerschaften : wenn Bürger *ihr* Europa bauen

Im Bereich der Städtepartnerschaften lag der Schwerpunkt im Jahr 2003 auf dem Europatag in Posen. Eine Sondersitzung war den Städtepartnerschaften gewidmet, in deren Folge die feierliche Verleihung der Goldenen Sterne für Städtepartnerschaften stattfand. Der von der Generaldirektion Bildung und Kultur verliehene Preis zeichnete die europäischen Städte aus, die 2002 die innovativsten und erfolgreichsten Initiativen im Bereich der Städtepartnerschaften durchgeführt hatten.

Überdies wurde vom RGRE ein Seminar veranstaltet über "die Rolle der Städtepartnerschaften als Hilfsmittel beim Wiederaufbau von kriegsgeschädigten Gebieten" (am 27.-28. Februar in Rom). Hierbei kamen insbesondere Lokal- und Regionalvertreter aus südosteuropäischen Ländern zusammen, die sich noch nicht um den EU-Beitritt beworben haben und deshalb noch nicht in den Genuss des EU-Programmes für Städtepartnerschaften kommen.

Der RGRE hat auch erfolgreich beim Europäischen Parlament darauf hingewirkt, dass der Haushaltsplan für Städtepartnerschaften im Jahr 2004 von 12 Millionen auf 14 Millionen Euro angehoben wurde.

Letztlich ist ein Aufruf an den Rat zu erwähnen, der erging als klar wurde, dass zur Billigung des Programms für aktive Bürgerschaft – das Dachprogramm der Städtepartnerschaften – einhellige Zustimmung der Ratsmitglieder auf einer neuen Rechtsgrundlage erforderlich ist. Dadurch entsteht eine Verzögerung, die bewirkt, dass bis April 2004 keine Städtepartnerschaft zustandekommen kann. Der RGRE unterrichtet seine Mitglieder laufend über die Sachlage, um insbesondere die neuen Termine bekanntzugeben, die einzuhalten sind, um in den Genuss von E.U.-Fördermitteln zu kommen. Gleichzeitig drang der RGRE beim Rat darauf, das Problem einer raschen Lösung zuzuführen, um diesen Engpass so bald wie möglich zu überwinden.

Die Gleichstellung ist eine Schlüsselkomponente der Europa-Bürgerschaft

2003 endete mit einem Höhepunkt auf dem Gebiet der Gleichstellung durch den Anlauf (Mitte Dezember) eines neuen RGRE-Projektes mit der Bezeichnung "Gleichstellung in europäischen Städten". Dieses Projekt wird von der E.U. im Rahmen des 5. Gleichstellungsprogramms gefördert.

Das Projekt verfolgt das Ziel, eine methodische Vorgehensweise zur Gleichstellung von Frauen und Männern in europäischen Städten zu definieren. Anlässlich des Projektanlaufs wurde eine dreitägige Sitzung in Brüssel einberufen, in deren Verlauf Vertreter der nationalen RGRE-Verbände, des Europäischen Parlaments und der Kommission die praktischen Aspekte des Projekts beleuchten konnten.

Der Ausschuss der gewählten Mandatsträgerinnen trat ebenfalls in Brüssel am 8. März 2003 zusammen, anlässlich des internationalen Tages der Frau. VertreterInnen des Europäischen Parlaments und der Kommission nahmen ebenfalls an der Sitzung teil.

In der gleichen Woche richtete der RGRE die Ausstellung des Schwedischen Verbandes Lokaler Gebietskörperschaften mit dem Titel "Frauen, Arbeit und Gesundheit" aus.

4. Nachhaltige Entwicklung : Umwelt, Verkehr und Energiewirtschaft

Die Umwelt

Der RGRE und seine nationalen Verbände wirkten auf das Europäische Parlament und den Rat ein, um sicherzustellen, dass die Richtlinie über die Verantwortung bei Umweltschäden dem Grundsatz "wer verschmutzt muss zahlen" Rechnung trägt und dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nicht zur Begleichung der Rechnung für Säuberungsaktionen herangezogen werden.

Am 27. Oktober und am 17. November 2003 wurde vom RGRE ein Positionspapier zum Thema Abfalltransport herausgegeben. Darin wurden mehrere Änderungen angeregt, um erstens Betrug so weit wie möglich zu unterbinden, um zweitens sicherzustellen, dass sich die Transportmassnahmen für die Umwelt effektiv von Nutzen erweisen, und um drittens auf mehr Klarheit in den Gesetzestexten hinzuwirken. Am 19. Oktober wurden die vom RGRE eingebrachten Änderungsanträge vom Europäischen Parlament abgesegnet.

Ausserdem versuchte der RGRE, die Richtlinie für Badewasser zu beeinflussen. Am 20. Oktober veröffentlichte er auf Vorschlag der Kommission hin ein Positionspapier. Darin begrüßte der RGRE einerseits die Dynamik, welche generell aus der Unterlage spricht, äusserte sich jedoch auch besorgt darüber, dass die Umsetzung für die Gemeinden sehr kostenträchtig werden und sich negativ auf die örtliche Wirtschaftslage und vom Tourismus abhängige Branchen auswirken könnte.

Der Umweltausschuss des RGRE tagte am 14. November. Die Mitglieder erörterten dabei die Kommissions-Mitteilung mit dem Titel *Wege zu einer thematischen Strategie für die Umwelt im städtischen Bereich*. Dabei hörten sie sich die Berichte von Vertretern aus mehreren Ländern über die lokale Agenda 21 in ihrem jeweiligen Land an und berieten über das erste Forum des RGRE über nachhaltige Entwicklung, das 2004 in Brüssel veranstaltet werden soll.

Im Nachgang zum 6. Umweltaktionsprogramm wurden vom RGRE fünf Experten benannt zur Teilnahme an den Arbeitsgruppen der E.U.-Kommission sowie an dem Beratungsforum zur Ausarbeitung einer thematischen Strategie für die städtische Umwelt. Parallel dazu führte der RGRE gemeinsam mit Eurocities eine Erhebung bei den lokalen Gebietskörperschaften über die Erarbeitung einer thematischen Strategie für die Umwelt im städtischen Bereich durch ; die Ergebnisse wurden bei einer Veranstaltung der Europäischen Kommission im Juni vorgelegt.

Darüber hinaus leistete der RGRE einen Beitrag zu einem europäischen Projekt über nachhaltigen Verbrauch und übermittelte die Ergebnisse des Projekts : eine Empfehlung von Massnahmen für lokale Gebietskörperschaften im Bereich der Abfallentsorgung und des Verbrauchs, sowie eine Anleitung über die Entsorgung elektrischen Abfalls und elektronischer Gerätschaften.

Der RGRE arbeitete mit bei der Erstellung des Entwurfes für eine Richtlinie über Batterien. Dazu übermittelte er seine Ausgangsposition zu diesem Thema und nahm an einer Expertensitzung der Kommission teil. Er antwortete gleichfalls auf die Kommissions-Mitteilung "Wege zu einer thematischen Strategie für Abfallverhütung und -Recycling", wobei er die Notwendigkeit hervorhob, die Verantwortlichkeit der Verbraucher und das Subsidiaritätsprinzip bei der Ausarbeitung der Strategie voll in Betracht zu ziehen.

Auch beteiligte sich der RGRE im Jahr 2003 aktiv an der Kampagne für nachhaltige Stadtentwicklung. Er war im Juni Mitveranstalter der Preisverleihung für "nachhaltige Städte". Gewinner waren Oslo, Ferrara und Heidelberg.



Nachhaltige Entwicklung : Umwelt, Verkehr und Energiewirtschaft

Eco-Management and Audit Scheme (EMAS) : zur Erhöhung der Leistungen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Umweltbereich

Der RGRE ist ein aktiver Förderer von EMAS, dem Verwaltungsinstrument, das es den Körperschaften ermöglicht, ihre Leistungen im Umweltbereich besser einzuschätzen und zu optimieren.

Im Frühjahr organisierte der RGRE, in Zusammenarbeit mit seinen nationalen Verbänden und mit Fördermitteln der Europäischen Kommission, eine Reihe von Seminaren in Finnland, Belgien und Irland. Das Ziel war dabei die Stärkung des öffentlichen Bewusstseins und die Werbung für EMAS bei den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, sowie die Förderung der 'good governance' durch das Zusammenführen von Vertretern der lokalen und regionalen Verwaltungsebenen, der nationalen Regierung und der Kommission zur Erörterung von Fragen aus dem Fachbereich des Umweltschutzes.

Auch warb der RGRE im Rahmen seines Europatages im vergangenen Mai in Polen für EMAS. Dabei ging es darum, die mittel- und osteuropäischen Gemeinden und Regionen mit dem Tätigkeitsfeld von EMAS vertraut zu machen.

Aalborg +10 : die Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung in ganz Europa

2003 begann der RGRE gleichfalls mit den Vorbereitungen für die 4. Europäische Konferenz zum Thema 'Nachhaltige Städte und Gemeinden', (Aalborg + 10). Diese Konferenz veranstaltet der RGRE mit der Unterstützung des International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) und der Stadt Aalborg.

Auf der Konferenz (9.-11. Juni 2004) wird es die Möglichkeit geben :

- Die Städte und Gemeinden so weit wie möglich dazu anzuhalten, die Aalborger Verpflichtungen zu unterzeichnen und somit von der Agenda zur konkreten Aktion überzuwechseln
- Insbesondere auf mittel- und osteuropäische Städte und Gemeinden einzuwirken, damit diese die Lokale Agenda21 umsetzen
- Eine Neubelebung und neue Motivation in Bereichen zu schaffen, wo die Lokale Agenda seit mehreren Jahren umgesetzt wird
- Mustergültige praktische Beispiele auszutauschen und zukünftige Strategien für nachhaltige Entwicklung im städtischen Bereich zu erarbeiten

Verkehr

Vom RGRE wurde die 5. Verleihung des Europäischen Nahverkehrspreises veranstaltet. Das Thema war dabei "Unpopuläre Massnahmen für mehr nachhaltige Mobilität". Die Europa-Kommissarin für Umwelt, Margot Wallström, überreichte den Gewinnern die Preise anlässlich einer Feier am 6. Juni 2003. Gewinner waren die Gemeinde Bursa, die Grafschaft Cambridgeshire und die Region Emilia-Romagna im Verbund mit der Stadt Bologna.

Eine Broschüre wurde herausgegeben über die Nahverkehrsinitiativen der 11 nominierten Bewerber, in der auch Verhaltensregeln für Entscheidungsträger aufgezeigt wurden.

Der Verkehrsausschuss des RGRE tagte im November in Nantes. Er verabschiedete eine Resolution im Nachgang zu der Debatte über die Daseinsvorsorge. Darin richtete der RGRE einen Appell an die E.U.-Institutionen, dafür Sorge zu tragen, dass die Entscheidungen über lokale und regionale Verkehrsfragen von lokalen und regionalen Entscheidungsträgern getroffen werden.

In Zusammenarbeit mit POLIS organisierte der RGRE ein Seminar im Rahmen des Europäischen Nahverkehrspreises. Dieses gab Anlass zu einem Erfahrungsaustausch zwischen Vertretern der lokalen und regionalen Verwaltungsebenen.

Der RGRE erfand ein interaktives Spiel, kompatibel für PC und Mac (Carville), um die oftmals schwierigen Auswahlmöglichkeiten aufzuzeigen, die sich zur Verbesserung der Mobilität in den Städten bieten. Das Spiel wurde während der Grünen Woche im Juni bei der Kommission ausgestellt. Kommissarin Wallström besuchte die Ausstellung eigens um das Spiel auszuprobieren.

Am 24. April veranstaltete der RGRE in Zusammenarbeit mit Polis einen Workshop über die Erhebung von Staugebühren und die damit verbundenen Massnahmen. Vertreter aus Gemeinden, die solche Programme bereits umgesetzt haben, erläuterten die Vor- und Nachteile ihrer jeweiligen Initiativen.

Auch wurde eine gut besetzte Podiumsdiskussion zum Thema "das öffentliche Verkehrswesen öffnet sich dem freien Markt" beim Europatag des RGRE in Posen im Mai 2003 veranstaltet. Dieses Thema lag gleichfalls im Brennpunkt der Arbeit des Verkehrsausschusses über das gesamte Jahr.

Energiewirtschaft

Im Jahr 2003 richtete der RGRE ein Energie-Netzwerk ein, zu dem Zweck, die Zusammenarbeit und den Dialog mit der E.U.-Kommission in Sachen Energiepolitik zu verstärken und den Erfahrungsaustausch zwischen RGRE-Mitgliedern über die Förderung einer effizienten Energiewirtschaft und das Heranziehen von erneuerbaren Energiequellen anzuregen.

Die erste Zusammenkunft des Energie-Netzwerks fand im vergangenen Oktober statt.

Überdies nahm der RGRE an der Managenergy - Konferenz der Kommission über örtliche Aktionen im Energiebereich, am 26./27. November teil. Die Konferenz war begleitet von einem zweitägigen Internet Streaming (Stimme und Bild) und von drei interaktiven mehrsprachigen Internet Chats, wodurch jedermann die Konferenz zeitgleich verfolgen konnte. Sämtliche Präsentationen und Vorträge sind über Internet bis Ende November 2004 zugänglich.



photo: European Commission

5. Kohäsion und Territorialpolitik

Im Brennpunkt stand 2003 auf diesem Gebiet der Workshop über die Zukunft der Kohäsionspolitik beim Europatag in Posen, dem mehr als 200 Teilnehmer beiwohnten. Der Workshop endete mit einem massiven "NEIN" zur Rücknationalisierung der Kohäsionspolitik.

Weiterhin war der RGRE Mitveranstalter der AdR-Konferenz über die Zukunft der Strukturpolitik nach 2006 in Leipzig. Der RGRE wirkte mit bei der Ausarbeitung der Erklärung, die in Leipzig bei der Sitzung verabschiedet wurde, und übermittelte seinen Mitgliedern die Unterlage.

In der zweiten Jahreshälfte 2003 begann der RGRE darüber hinaus mit der Ausarbeitung eines Positionspapiers über die Legislativvorschläge der Europäischen Kommission bezüglich der Reform der E.U.-Agrarpolitik, mit dem Titel "Entwicklungsperspektiven strukturschwacher ländlicher Räume in Europa". Dieses sollte Anfang 2004 fertig vorliegen.

Am 25. Februar und am 1. und 2. Juli tagte die RGRE-Arbeitsgruppe zum Thema Kohäsionspolitik. Unter anderem erörterten die Teilnehmer staatliche Beihilfen und die Zukunft der Regionalpolitik und richteten dabei ihr Hauptaugenmerk auf öffentlich/private Partnerschaften und die Beziehung zwischen Regional- und Kohäsionspolitik, sowie zwischen Regionalpolitik und Daseinsvorsorge.

Was die Entwicklung des ländlichen Raumes betrifft, so war der RGRE aktiv in die Salzburger Konferenz der E.U.-Kommission eingebunden, die im November stattfand. Die RGRE-Teilnehmer, einschliesslich des Vizepräsidenten Jan Olbrycht, drangen bei der Kommission darauf, für mehr Kohärenz zwischen E.U.-Agrarpolitik und den Strukturfonds zu sorgen und der ländlichen Wirtschaft mehr Unterstützung zu gewähren.



photo: European Commission

Das RGRE-Sekretariat und die Mitgliedsverbände führten eine erste Diskussion über die Vorarbeiten für das erste RGRE-Forum für Kohäsionspolitik, das Anfang 2004 stattfinden soll.

Beschäftigung, Soziales und Informationsgesellschaft

ELANET/Informationsgesellschaft

Die grösste Errungenschaft auf diesem Gebiet war im Jahr 2003 die Umsetzung des "Three ROSES –Projekts" (*Three Regional Operating networks working on Strategic Electronic Scenarios*). Ziel des Projektes ist es, brauchbare Arbeitshilfen für Forschungsprojekte unter dem 6. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung der Europäischen Kommission aufzusetzen. Es konzentriert sich auf die Verwendungsquote freier Softwareprogramme durch die lokalen Gebietskörperschaften in den Bereichen e-government, e-business und pädagogische Verfahren.

Im Rahmen des Projektes wurden zwei gut besuchte Workshops in Brüssel veranstaltet, bei denen Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, Forscher und Vertreter aus dem open source-Lager zugegen waren.

Auch das ähnlich gelagerte Keelan-Projekt wurde 2003 mit Erfolg zu Ende geführt. Keelan vermittelt Arbeitshilfen über die Art und Weise, wie e-government-Strategien auf lokaler und regionaler Ebene Anwendung finden können.

Am 19, 20. und 21. November 2003 veranstaltete das ELANET-Netzwerk des RGRE die 4. Europäische Konferenz zum Thema Informationsgesellschaft (EISCO) in Aalborg, Dänemark. Mehr als 300 Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der E.U.-Institutionen nahmen daran teil. Hauptthema waren dabei "integrierte Dienstleistungen in der Netzwerk-Gesellschaft auf lokaler und regionaler Ebene".

Der Vorsitzende des ELANET-Netzwerks, Javier Ossandon, trug die Schlussfolgerungen der Konferenz beim Weltgipfel der Städte und Gemeinden zum Thema Informationsgesellschaft vor, der im Dezember in Lyon stattfand.

Regionalkompetenz : ein Projekt zur Förderung der Beschäftigung auf regionaler Ebene

Das Regionalkompetenz-Projekt ist ein von der E.U. gefördertes Forschungsprojekt (5. Rahmenprogramm), mit dem ein Instrumentarium zur Feststellung bestehender Fähigkeiten bei Arbeitssuchenden und Organisationen ausgearbeitet werden soll, um die Personalressourcen innerhalb der Regionen weiterzuentwickeln.

Das Projekt wurde in der RGRE-Arbeitsgruppe für Beschäftigung und Sozialpolitik bei der Sitzung am 26. Juni 2003 in Brüssel vorgestellt.

Auch beim Europatag des RGRE in Posen (Polen) wurde das Projekt auf einem Ausstellungsstand und mit Hilfe von Unterlagen präsentiert, um den Kongressteilnehmern die Möglichkeit zu geben, sich mit dem Konzept anzufreunden.

7

Ein erweitertes Europa, das sich der Welt öffnet

Nord/Süd-Zusammenarbeit der lokalen Verwaltungsebenen : ein "muß"

Im Jahr 2003 richtete der RGRE ein Netzwerk für die Nord/Süd-Zusammenarbeit der lokalen Gebietskörperschaften ein. Im Netzwerk finden die Verantwortlichen für Entwicklungs- und Kooperationsfragen der RGRE-Verbände zusammen, die auf diesem Gebiet tätig sind. Die erste Tagung fand am 13. März in Brüssel statt. Vertreter der Europäischen Kommission und ihrer Fachagenturen, wie Asia-Urbs, nahmen an dieser ersten Sitzung teil.

Eine Besprechung wurde mit einem Vertreter der Kommission, GD Entwicklung, im Oktober abgehalten. Danach folgten Sitzungen mit Vertretern des Europäischen Parlaments, um auf eine konsequentere Europapolitik auf diesem Gebiet hinzuwirken.

LOGON : Die lokale und regionale Erweiterung Europas

Beim Europatag in Posen wurde eine Sondersitzung der Ost-Erweiterung und deren Konsequenzen auf lokaler und regionaler Ebene gewidmet. Vertreter aus Gemeinden und Regionen der Mitgliedstaaten und der Kandidatenländer berieten dabei über verschiedene Diskussionspunkte, wie z.B. die Auswirkungen auf die Strukturfonds.

Das LOGON-Netzwerk war Mitveranstalter einer Tagung über die Daseinsvorsorge und die Europäische Verfassung, die am 3. und 4. November in Wien stattfand. Der Generalsekretär des RGRE, Jeremy Smith, hatte den Vorsitz bei zwei der insgesamt drei Sitzungen. Die Generaldirektorin des bulgarischen nationalen Gemeindeverbandes, Ginka Tchavdarova, leitete die dritte Sitzung. Der Erste Vizepräsident des RGRE, Dr. Heinrich Hoffschulte, hielt einen Vortrag über die Stellung und Rolle der Gemeinden in der zukünftigen Europa-Verfassung.

Vertreter der Kommission und des Europäischen Parlaments sowie zahlreiche Repräsentanten aus den Kandidatenländern nahmen an der Konferenz teil.

COPPEM, die Euro-Mediterrane Partnerschaft

Der RGRE wirkte im COPPEM-Netzwerk mit, dessen Zielsetzung es ist, lokale und regionale Vertreter von beiden Seiten des Mittelmeers zusammenzuführen. Der Generalsekretär des RGRE, Jeremy Smith, hielt eine Rede über Euro-Mediterrane Sozialversicherungssysteme auf der Konferenz die am 25. und 26. September in Caserta, Italien stattfand. Sein Vortrag konzentrierte sich auf den Beitrag der lokalen Verwaltungsebene zur Förderung der UNO-Millennium-Zielsetzungen in Sachen Entwicklungspolitik.



Weltorganisation der Vereinigten Städte und Lokalen Gebietskörperschaften

Im Jahr 2003 wurden die abschliessenden Vorbereitungen zur Gründung der Vereinigten Städte und Lokalen Gebietskörperschaften, der neuen Weltorganisation der lokalen Verwaltungsebenen, mit Sitz in Barcelona, getroffen. Diese Organisation geht aus dem Zusammenschluss der IULA (International Union of Local Authorities) mit dem Weltverband der Partnerstädte FMCU (Fédération Mondiale des Cités Unies) hervor, mit dem Ziel, vereint, stark und einstimmig gegenüber der UNO und der internationalen Gemeinschaft aufzutreten.

Gemäss den Übergangsvereinbarungen bis 2007 wird der RGRE als europäische Regionalsektion der Vereinigten Städte und Lokalen Gebietskörperschaften fungieren. Im Dezember fand in Paris eine Sitzung zwischen dem RGRE und Vertretern der FMCU (Europa) statt, um über den Ablauf der gemeinsamen Arbeit zu diskutieren und Vorbereitungen zu treffen für die Wahlen hinsichtlich der europäischen Sitze in den Führungsgremien der Vereinigten Städte und Lokalen Gebietskörperschaften.

Im Jahr 2003 wurde vom RGRE-Sekretariat in grossem Umfang logistische Unterstützung zur Gründung der Vereinigten Städte und Lokalen Gebietskörperschaften gewährt. Auf politischer Ebene fand eine gemeinsame Exekutiv-Sitzung der IULA und der FMCU im Juni in Rom statt, wobei der RGRE innerhalb der IULA-Delegation stark vertreten war.

Kurzer Überblick über den Rat der Gemeinden und Regionen Europas

Der Rat der Gemeinden Europas wurde 1951 in Genf von einer Gruppe Europäischer Bürgermeister gegründet. Später öffnete er sich auch den Regionen und wurde so zum Rat der Gemeinden und Regionen Europas.

Heute ist der RGRE die grösste Organisation lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in Europa. Seine Mitglieder sind Nationalverbände von Gemeinden und Regionen aus über 30 Ländern. Insgesamt vertreten diese Verbände ca. 100.000 lokale und regionale Gebietskörperschaften.

Präsident Valéry Giscard d'Estaing leitet das politische Geschehen der Organisation. Ihre zwanzigköpfige Belegschaft wird geleitet von Generalsekretär Jeremy Smith.

Der RGRE verfügt über einen Jahreshaushalt von ca. 2,5 Millionen Euro, der zum Grossteil aus den Mitgliedsbeiträgen seiner nationalen Verbände gespeist wird. Der restliche Teil (ca. 15%) beruht auf einer jährlichen Beihilfe durch die Europäische Kommission.



Die Aktivitäten des RGRE

Die Arbeit des RGRE zielt auf die Förderung eines vereinten Europa ab, gestützt auf lokale und regionale Selbstverwaltung und Demokratie. Um diese Zielsetzung zu verwirklichen bemüht er sich, durch eine Verstärkung des lokalen und regionalen Beitrags, durch die Einflussnahme auf die europäische Gesetzgebung und Politik sowie durch Informationsaustausch auf lokaler und regionaler Ebene und Zusammenarbeit mit Partnern in anderen Teilen der Welt die Zukunft Europas zu gestalten.

Der RGRE ist tätig auf zahlreichen Fachgebieten, wie Regionalpolitik, Verkehr, Umwelt, Gleichstellung, good governance, usw. Seine Ausschüsse und Arbeitsgruppen zielen darauf ab, Einfluss zu nehmen auf die Gesetzentwürfe der E.U., um zu gewährleisten, dass die Interessen und Belange der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften vom frühesten Stadium des E.U.-Gesetzgebungsprozesses an berücksichtigt werden.

Sie veranstaltet Seminare und Konferenzen über weitgefächerte Themenbereiche, um den Austausch und die Weitervermittlung von Erfahrungen auf lokaler und regionaler Ebene zu befördern.

Besonders stolz ist der RGRE auf sein in Europa einzigartiges Netz von Städtepartnerschaften. Derzeit bestehen mehr als 26.000 Städtepartnerschaftsbeziehungen in ganz Europa. Auf diesem Gebiet arbeitet der RGRE eng mit der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission zusammen.

Abschließend ist zu erwähnen, dass der RGRE die europäische Sektion der neuen Weltorganisation "Vereinigte Städte und Lokale Gebietskörperschaften" ist.

President



Valéry Giscard d'Estaing
Präsident RGRE

First vice-president



Heinrich Hoffschulte
Erster Vizepräsident

Executive Presidents



Dr Michael Häupl
Bürgermeister von Wien; Präsident des österreichischen Städtebundes



Hans Van der Sluijs
Bürgermeister von Maarssen; Mitglied im VNG Hauptausschuss



Walter Veltroni
Bürgermeister von Rom

Ihre RGRE-Kontakte :

Generalsekretär : Jeremy Smith

Mail : mlambert@bxl-ccre.org Tel. : + 32 2 500 05 32

Direktorin für Verwaltung und Finanzen : Dominique Arrestat

Mail : arrestat@ccre.org Tel.: + 33 1 44 50 59 59

Politische Leiterin : Angelika Poth-Mögele

Mail : angelika.poth-moegele@bxl-ccre.org Tel.: + 32 2 500 05 40

Kabinettsdirektor des Generalsekretärs : Christophe Chaillou

Mail : chaillou@ccre.org Tel.: + 33 1 44 50 59 59

Referent für Presse und Kommunikation : Patrizio Fiorilli

Mail : patrizio.fiorilli@bxl-ccre.org Tel.: + 32 2 500 05 34

Politische Referentin (Umwelt, Verkehr, öffentl. Auftragswesen) : Lucy Swan

Mail : lswan@bxl-ccre.org Tel.: + 32 2 500 05 35

Politische Referentin (Beschäftigung, Kohäsion, Soziales) : Rachel Buchanan

Mail : rbuchanan@bxl-ccre.org Tel.: + 32 2 500 05 36

Politische Referentin (Städtepartnerschaften, gewählte Mandatsträgerinnen, dezentralisierte Kooperation) : Sandra Ceciarini

Mail : sandra.c@ccre.org Tel.: + 33 1 44 50 59 59

Projektleiterin : Pirita Lindholm

Mail : plindholm@bxl-ccre.org Tel. : + 32 2 500 05 38

Externe Beraterin (Informationsgesellschaft) : Céline Lyoen

Mail : clyoen@bxl-ccre.org Tel. : + 32 2 500 05 39

1 Der Verband Europäischer Grenzregionen, die Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas, Eurocities und der RGRE.



Brüssel

22, Rue d'Arlon
1050 Bruxelles
tel : + 32 2 511 74 77
fax : + 32 2 511 09 49

Paris

15, Rue de Richelieu
75 001 Paris
tel : + 33 1 44 50 59 59
fax : + 33 1 44 50 59 60

e-mail : cemr@ccre.org
www.ccre.org

Der RGRE dankt der Europäischen Kommission für die finanzielle Unterstützung



Partner des RGRE